



► STADTRATSFRAKTION SIEGEN ◀

Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Siegen

Haushaltsrede 2003

Es gilt das gesprochene Wort.

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,**

Haushaltsdebatten – und das ist sicher keine neue Erkenntnis – sind Grundsatzdebatten über die Politik in dieser Stadt, in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Aber um eine solche Grundsatzdebatte tatsächlich führen zu können, hat der Rat, haben aber auch die Bürgerinnen und Bürger, einen Anspruch darauf, dass bestimmte notwendige Voraussetzungen erfüllt sind.

Aber für unseren Haushalt 2003, meine Damen und Herren, sind fast alle notwendigen Voraussetzungen **nicht** vorhanden.

Mit den drei wichtigsten möchte ich mich kurz beschäftigen:

Erste Voraussetzung: Klarheit

Man muss wissen, worüber und was diskutiert werden soll. Im Klartext: Diskussionsgrundlage muss ein einheitlicher Haushaltsentwurf der Verwaltung sein. Die Verwaltung, repräsentiert und geleitet durch den Bürgermeister, muss dem Rat und den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzeigen, wohin soll es gehen, wo ist die Richtung, was ist die Orientierungslinie.

Bei der Haushaltseinbringung haben wir alle die Orientierungslosigkeit des Bürgermeisters deutlich mitbekommen. Eine wohlfeile Ansammlung von Allgemeinplätzen wurde da vorgetragen. Nichts Konkretes.

Da war die Rede davon, die Zeiten seien hart. Ja, das stimmt. Der liebe Gott wurde bemüht, er werde schon helfen und die Menschen in Siegen seien sowieso die besten. Kurz gesagt die Umstände seien schlecht, sehr schlecht sogar, aber es gelte durchzuhalten, es wäre uns ja allen schon mal schlechter gegangen.

Bei aller Liebe, Herr Stötzel, selbst das Wort zum Sonntag ist meistens klarer, eindeutiger, handlungsweisender.

Ich frage Sie, die Bürgerinnen und Bürger fragen Sie:

Wo sind denn Ihre stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen? Wie soll denn der Bildungsstandort Siegen weiter voran gebracht werden? Welchen konkreten eigenen Beitrag soll die Stadt zur Haushaltskonsolidierung leisten?

Wie müssen die landes- und bundespolitischen Rahmenbedingungen denn gestaltet werden, damit es den Kommunen besser geht?

Alles Fragen, die ganz oben auf der Tagesordnung stehen, aber der Bürgermeister der Stadt Siegen hat dazu nichts zu sagen.

Und zu den finanzpolitischen Fragen schiebt der Bürgermeister den Kämmerer vor, nach dem Motto: die schlechten Nachrichten sollen lieber Andere verkünden.

Zweite Voraussetzung: Hausaufgaben machen

Wer eine Haushaltsdebatte bestehen will, und dies gilt ganz praktisch auch für die anstehenden Genehmigungsverfahren, der kann nicht nur auf die schlechten Rahmenbedingungen verweisen. Zuerst die eigenen Hausaufgaben machen, das eigene Haus besenrein fegen und erst dann über den Dreck der Anderen schimpfen. Jawohl, die Gewerbesteuer ist dringend reformbedürftig. Übrigens auch dazu keine klare Aussage des Verwaltungschefs, begrüßenswert klar war hier nur der Kämmerer. Herr Stötzel, was sagen Sie denn zu den Vorstellungen Ihres Landesvorsitzenden, Herrn Rüttgers, die Gewerbesteuer abzuschaffen? Die Herren Schramma (BM Köln) oder Erwin (BM Düsseldorf) waren da nicht so zurückhaltend.

Wie dem auch sei: Wer über die Fehler oder vermeintlichen Fehler der anderen schimpft, muss seinen eigenen Laden im Griff haben. Personalkosten und Verwaltungsausgaben sind hier die Größen von finanzpolitischer Bedeutung, meine Damen und Herren, nicht die freiwilligen Leistungen.

- Wer kostspielige Beförderungen und neue Funktionen vorrangig in den oberen Beschäftigungsbereichen vornimmt und einen Abbau ausschließlich bei den Geringverdienenden betreibt (Beispiel Reinigungspersonal),
- wer in diesen Zeiten zusätzliche Fachbereiche, Abteilungen und Gruppenleitungen wie in den FB 9 und 1 (und zwar ohne zusätzliche Aufgaben und mit dauerhaft immensen Mehrkosten) schafft,

- wer aus den ehemals zusammengefassten Bereichen Personal und Organisation wieder zwei macht,
- wer insgesamt keine Vorstellungen zur Personalkostenbudgetierung und zur Verwaltungsmodernisierung entwickelt,

der kann in rauer See keinesfalls glaubwürdig das Wetter für das allzu leck geschlagene Schiff verantwortlich machen und den Passagieren die Mahlzeiten streichen.

Dritte Voraussetzung: Offenheit und Transparenz sind nötig

Der Bürgermeister hat uns als Grüne Fraktion mit seiner Haushaltsrede geadelt und geehrt. Besten Dank.

Die Rolle der Grünen scheint offensichtlich gewichtiger zu sein, als manche von Ihnen öffentlich gerne zugeben wollen. So fanden wir als einzige Fraktion Eingang in die Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushaltes 2003. Ich zitiere: "Wir erleben nicht das erste Mal, dass die Fraktion B'90/Die Grünen mutwillig ... aus Verfahren ausschert ... und Unterstellungen verbreitet, die in der Bevölkerung für Unruhe sorgen ...".

Man kann das natürlich auch anders ausdrücken:

Wir nicken weder Ihre Politik, Herr Bürgermeister, noch die Ihrer Fraktionskolleginnen und -kollegen ab. Wir prüfen Ihre Vorschläge auf sachlicher Grundlage und erarbeiten Alternativvorschläge. Sie nennen das "mutwilliges Ausscheren", wir nennen das konstruktive Informations- und Fachpolitik.

Sie nennen das "Unterstellungen verbreiten und in der Bevölkerung für Unruhe sorgen", wir wollen eine offene Diskussionskultur und keine Hinterzimmerpolitik.

In guten Zeiten kann man sich problemlos hinter Fähnchenschwingen und Händeschütteln verstecken, in schlechten Zeiten trennt sich die Spreu vom Weizen.

Diese Stadt braucht einen Kompass, eine Führung mit Mut zu Visionen.

Wer dies in schwierigen Zeiten schaffen will, muss die Menschen mitnehmen.

Dazu braucht es Transparenz und Offenheit. Nur so können sich die Bürgerinnen und Bürger selbst einbringen, können sie überzeugt werden, einen schwierigen Weg mitzugehen.

Aber auch als Opposition - manchmal habe ich allerdings den Eindruck, wir sind die einzige Opposition in dieser Stadt – reicht es nicht aus, nur zu kritisieren. Deshalb setzen wir der inhaltlichen Leere und der politischen Beliebigkeit fünf Handlungslinien entgegen:

1. **Für ein gesundes und ökologisches Leben in Siegen**
2. **Für ein nachhaltiges und gerechtes Miteinander in Siegen**
3. **Für eine demokratische Stadtkultur**
4. **Für eine Politik, die Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellt**
5. **Für eine ausgeprägte städtische Lebensqualität in Siegen**

Was heißt das konkret?

Erste Handlungslinie:

Für ein gesundes und ökologisches Leben in Siegen

Wir stehen wie kaum eine andere politische Kraft für die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die dem Markt klare ökologische Rahmenbedingungen setzt: Für die Verminderung von klimaschädlichen Emissionen und für den Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt. Diese Ziele der Nachhaltigkeit und des ökologischen Wirtschaftens schaffen neue Arbeitsplätze, brauchen aber vor Ort Umsetzungsstrategien. Jede Region muss ihre Standortvorteile in diesem Sinne fördern.

Auch für die Stadt Siegen und den Kreis Siegen-Wittgenstein muss

die Bedeutung regenerativer Energien als Wirtschaftszweig

zunehmen.

Außer den Siegener Ratsfraktionen scheint weltweit bekannt zu sein, dass sich die Vorräte an fossilen Brennstoffen wie Erdöl, Gas, Kohle in den Förderländern dem Ende neigen.

Jedem ist klar: Allein durch den Ausbau regenerativer Energieträger kann einer noch stärkeren Belastung unserer Ökosysteme entgegengewirkt, kann ein wichtiger Zukunftsmarkt aufgebaut werden und schließlich kann – und das ist gerade in Zeiten wie diesen aktueller denn je – der einseitigen Abhängigkeit von Öl entgegengewirkt werden.

Siegen hatte in diesem Zusammenhang die besten Voraussetzungen, einen eigenen Beitrag zu leisten: Der Kreis Siegen-Wittgenstein hat das Potential des Holzes als regenerativem Energieträger in unserer walddreichen Region erkannt.

Auch die Stadtverwaltung war mit einer guten Vorlage gewillt, sich dieser zeitgemäßen Entwicklung anzuschließen. Die Fördersumme des Landes in Höhe von 86.000 € für ein Pilotprojekt und die Musteranlage einer Holzhackschnitzelheizung in der Bertha-von-Suttner-Schule war bereits bewilligt. Selbst die Kostenkalkulation ergab für das Holz - gegenüber Gas – ein Plus von 5189,- € jährlich.

Die CDU hat mit ihrer völlig widersinnig erzwungenen Absage an dieses Projekt der regionalen Entwicklung und der heimischen Forstwirtschaft schweren Schaden zugefügt. Sie hat außerdem die Stadt öffentlich der Lächerlichkeit preisgegeben, indem sie bewilligte Fördermittel an das Land zurückgeben musste: Und das nicht, weil die CDU die besseren Sachargumente hatte, (Nein: sie hatte nämlich gar keine), sondern weil die CDU kurzsichtige Lobbyinteressen der SVB vertritt.

Aber einseitig diesen Herren zu dienen, meine Damen und Herren Ratskolleginnen und -kollegen, dafür sind Sie nicht gewählt worden.

Für ein gesundes und ökologisches Leben in dieser Stadt, das heißt Nachhaltigkeit als Handlungsmaxime. Dies bedeutet hier nichts anderes, als in Verantwortung für nachfolgende Generationen sparsam mit naturnaher Landschaft und natürlichen Ressourcen in unserer Region umzugehen.

Und: Verantwortung für die Natur in unserer Heimat zu übernehmen. Womit wir bei

Giersberg - Ost

sind.

Nicht nur am Giersberg oder Wellersberg werden nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ maximale Neubaugebiete geplant, für die es bis heute keinen seriösen Bedarfsnachweis gibt. Im Gegenteil: die schleppende Vermarktung bestehender Neubaugebiete, das große Angebot auf dem aktuellen Immobilien- und Wohnungsmarkt und das Fehlen so vieler gutbetuchter, junger, bauwilliger Familien sowie nicht zuletzt die steigende Zahl von Bürgerprotesten im ganzen Stadtgebiet sprechen Bände.

Aber: Dass die Umweltverbände in Siegen inzwischen vor Gericht erstreiten müssen, dass gesetzlich gesicherte Naturschutzbelange bei Bauplanungen Berücksichtigung finden, ist ein starkes Stück.

Die ignorante und rechtswidrige Haltung der Verwaltung – offensichtlich getragen von fast allen Ratsfraktionen - gegenüber Naturschutzbelangen und umweltpolitischen Sachfragen - hat mit der gerichtlichen Auseinandersetzung um Giersberg-Ost eine neue Qualität erreicht: Es geht nicht nur darum, schlichte Fragen zu klären: Dürfen Biotopschutzflächen zubetoniert werden? Oder wer ist machtpolitisch der Stärkere?

Von dieser Schwarzweißmalerei - sprich für oder gegen Umweltbelange, für oder gegen Bauen etc. - müssen wir uns verabschieden. Die Zeiten, in denen jeder Freiraum ohne sorgfältige Abwägung zum Baugebiet ausgewiesen werden konnte, sind angesichts schwindender Flächenreserven und in Verantwortung für nachfolgende Generationen vorbei.

Was von Ihnen polemisch als Kampf um Grashalme diffamiert wird, ist in Wahrheit der Kampf um Zukunft: Um eine nachhaltige Stadtpolitik, die aufhört die Lebensgrundlagen der nachfolgenden Generationen zu zerstören.

Wir sind nicht so vermessen zu glauben, dass Giersberg-Ost bei Ihnen für ein AHA-Erlebnis sorgen kann, aber vielleicht kann es Anstoß sein, für einen vorsichtigeren und sachgemäßerem Umgang mit dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine gesunde und vielfältige Umwelt.

Wir jedenfalls werden auch zukünftig die Naturschutzverbände dabei unterstützen, für dieses öffentliche Interesse zu ringen und wir werden dafür streiten, dass dies auch der Rat der Stadt Siegen so sieht.

Als wenn in dieser Stadt noch nicht genug städtebauliches Unheil angerichtet worden wäre, noch nicht genug Natur und Erholungsmöglichkeiten geopfert worden wären, setzt die Mehrheitsfraktion – und leider auch die SPD - in Sachen Zerstörung von städtischer Lebensqualität immer noch einen drauf. Stichwort

Siegbergtunnel

Wider alle Argumente und entgegen aller Bürgerproteste soll an der heute noch idyllischen Weiß durch einen nach wie vor stadtplanerisch äußerst fragwürdigen Eingriff ein stadökologisch und stadtklimatisch wertvoller Bereich großflächig zerstört werden. Stattdessen soll ein Verkehrsnadelöhr entstehen. Ein noch höheres Verkehrsaufkommen, steigende Lärm- und Abgasbelastung – für alle unmittelbaren Anlieger und entlang der Marienborner Straße bis durch den gesamten Stadtteil Kaan-Marienborn - werden wir im Falle einer Realisierung dieses Planvorhabens alle erleben.

Nebenbei ist der Siegbergtunnel auch jetzt schon eine der Ursachen für die finanzielle Misere der Stadt. Dabei sind die 2003 veranschlagten Planungskosten von 200 T€ (einschließlich Verpflichtungsermächtigungen) noch nicht einmal die Spitze des Eisberges. Mehr als 600 T€ wurden bisher an Planungskosten ausgegeben, dazu Hunderttausende für den Verkehrsentwicklungsplan, der ja nur zur ideologischen Rechtfertigung des Baus des Siegbergtunnels dient und dazu noch Unsummen für vorbereitenden Grunderwerb.

Sie sehen, ökologische und finanzpolitische Nachhaltigkeit sind zwei Seiten einer Medaille und ich betone, einer Medaille.

Zweite Handlungslinie:

Für ein nachhaltiges und gerechtes Miteinander in Siegen

Das heißt:

- Geschlechtergerechtigkeit
- Teilhabegerechtigkeit
- Verteilungsgerechtigkeit
- Generationengerechtigkeit

Ein umfassender politischer Auftrag.

Man kann zwar darüber unterschiedlicher Meinung sein, wie der konkrete Weg zur Umsetzung dieser Gerechtigkeitsnormen sein soll. Aber wenn in fachpolitischen Debatten und bei Entscheidungen zum Einsatz von Haushaltsmitteln solche politischen Handlungsgrößen überhaupt keine Rolle spielen, ist es um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt äußerst schlecht bestellt.

Wie es aussieht mit Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in unserer Stadt sei nur an einigen Beispielen benannt:

Die CDU hat ihre Wahlversprechen von 1999, keine Steuererhöhungen vorzunehmen allesamt gebrochen.

Mit der politischen Glaubwürdigkeit Ihrer Taten müssen Sie letztlich selber leben, allerdings müssen wir alle mit Ihrer unseriösen Finanzpolitik leben. Haben denn diese Entscheidungen zu mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit geführt? Im Gegenteil: Sie haben die Steuererhöhungen nicht zur Sanierung des Haushaltes genutzt, sondern sie waren die Schmiere für noch mehr Tempo bei der Schussfahrt ins finanz- und haushaltspolitische Desaster.

Ihre aktuellen Vorschläge zur Haushaltspolitik 2003 haben das gleiche Strickmuster: Eine Mischung aus: „Von der Hand in den Mund“ und „ungedeckten Schecks“. Eine Personalkostendeckelung ohne gleichzeitig die passenden Instrumente mit zu beschließen, hat nachweislich schon im letzten Jahr nicht funktioniert. Dass der Haushalt nun durch Spekulationsgewinne gestützt werden soll, ist nicht nur rechtlich bedenklich. Tafelsilber zur Deckung aktueller Verwaltungsausgaben zu verschauern, statt damit Schulden abzubauen, verschleiert strukturelle Defizite.

Jede Bürgerin und jeder Bürger weiß sehr genau, was er oder sie in den zweifelsohne für uns alle schwerer gewordenen Zeiten noch ausgeben kann und was nicht. Kein verantwortungsvoller Familienvater kauft sich einen teuren Wagen, wenn der Kühlschrank dafür leer bleiben muss.

Sie sind trotz Kenntnis der Haushaltslage bemüht, sich mit den uns anvertrauten Steuergeldern Denkmäler zu setzen und unhaltbare Versprechungen zu machen.

So planen Sie seit Jahren wider besseren Wissens einen

Busbereitstellungsplatz,

den in dieser Größe niemand braucht, und Sie sind bereit 6,5 Mio. € dafür zu zahlen. Eine an den objektiven (nicht an den von der VWS behaupteten) Notwendigkeiten orientierte Lösung würde nur einen Bruchteil dieser Summe verschlingen. Der Hinweis, dass hier immerhin 3,6 Mio. € Zuschüsse fließen sollen, macht die Sache auch nicht besser. Auch Zuschüsse sind Steuergelder. Und, nebenbei bemerkt, niemand hindert einen daran, auch für sinnvolle Maßnahmen Zuschüsse zu beantragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein weiteres aktuelles Beispiel in Sachen Fehlplanung und aktiver Geldverschwendung sehen wir bei ihren Vorstellungen zur Neuordnung des Verkehrs mit einem

Kreisel im Brüderweg.

Nun ist ja auch zu begrüßen, dass Kreisverkehre – übrigens von uns jahrelang gefordert und von den jeweiligen Mehrheiten und der Verwaltung genauso lange bekämpft – zum verkehrspolitischen Repertoire der Stadt gehören sollen.

Grundsätzliche Einsicht darf aber doch nicht zu dem Unsinn führen, sich gerade eine der Kreuzungen für Ihre Kreiselvorhaben auszusuchen, die auch ohne einen solchen gut funktioniert. Mehrkosten werden runtergespielt, der Protest der Bürger gegen diesen neuesten Schildbürgerstreich weggewischt. Gesunde Bäume werden zu schwer kranken erklärt - auch wenn durch ein Gutachten inzwischen das Gegenteil bewiesen ist

- und die ganze Kreuzung zu einem Verkehrsknotenpunkt mit erheblicher Unfallgefahr deklariert.

Sie können auf Ihren schönen Bildchen, die Sie den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren, noch so viel Grün vorgaukeln: die Bevölkerung, selbst die Polizei und viele unserer Ratskollegen sind anderer Auffassung: Dieser Kreisel ist so unnötig wie ein Kropf.

Meine Damen und Herren,
wer in einem solchen Umfang, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, freiwillige Leistungen kürzt und auch in Zukunft noch mehr kürzen will, muss schon sehr, sehr gut begründen, warum er denn in Zukunft Verpflichtungen für neue freiwillige Leistungen eingehen will. Die Bürgerinnen und Bürger werden zurecht fragen: Ist das alles gerecht und nachhaltig?

Meine Fraktion hat grundsätzlich das Vorhaben, die Kulturlandschaft unserer Stadt um ein

Theater

zu bereichern, begrüßt.

Die Art und Weise jedoch, wie der Bürgermeister und die CDU das Thema Apollo-Theater angehen, führt nicht nur zur finanziellen, sondern geradezu in die politische Katastrophe. Bisher ist vertraglich nicht gesichert, dass die finanziellen Risiken nicht doch bei der Stadt landen. Verträge, die jährliche Belastungen von über 75.000 € bedeuten (reine Erbpachtzinsen + Bewirtschaftungskosten ohne Gegenwert) , sind schlichtweg Geldverschwendung.

Und im übrigen lassen wir uns in dieser Frage auch nicht in Bezug auf die Landesebene, zum Zuschussgeber, auseinanderdividieren oder gar instrumentalisieren: Sie haben gegenüber der Bezirksregierung auf der Grundlage einer offensichtlich schon längst überholten mittelfristigen Finanzplanung die Versicherung abgegeben, dass das Projekt auch langfristig haushaltsverträglich darstellbar ist. Hier sind Zweifel mehr als angebracht.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
diese politische und finanzielle Hypothek müssen Sie tragen und dies darf nicht dem vielfältigen Ehrenamt unserer Stadt aufgebürdet werden.

Dritte Handlungslinie:

Für eine demokratische Stadtkultur

Lebendiges und bürgerschaftliches Engagement, Verantwortungsübernahme für sich und andere, die Beteiligung in Initiativen und Vereinen, das sind unverzichtbare

Bestandteile einer lebendigen Stadtkultur und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aber dieses Engagement braucht Rechte statt Bevormundung.

Wie die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Siegen aussieht, zeigt zum Beispiel die

Agenda-Politik der CDU.

Blockieren, verschleppen und verhindern sind Wörter für ein politisches Sittengemälde, das sich durch Ignoranz und Verfall auszeichnet. Von dem Bürgermeister eines Oberzentrums erwarten wir, dass er willens und in der Lage ist, sich den Zeichen und Verantwortlichkeiten unserer Zeit zu stellen.

Aber Bürgermeister und CDU haben weder Interesse am Agenda-Prozess, noch haben Sie augenscheinlich verstanden, worum es geht. Schlimmer noch – Sie verwenden eine erstaunliche Energie darauf – die zumeist ehrenamtliche Arbeit im Agenda-Bereich zu verhindern.

Betrachten wir Ihre Politik im letzten Jahr:

Zunächst wird der Schein gewahrt und Mittel für die Förderung der Agenda-Arbeit 2002 bereitgestellt. Die Agenda-Gruppen stellen in gutem Glauben ihre Anträge für ihre Aktivitäten im Herbst - dann wird verschleppt - im November dann sogar grundlos eine Verwaltungsvorlage zurückgezogen.

Schließlich kommt im Dezember das dicke Ende:

Die Zuschüsse für alle Gruppen werden mit der absoluten CDU-Mehrheit abgelehnt – und das wieder (wir erleben das ja inzwischen ständig) ohne Sachdiskussion, ohne Begründung, ein destruktives Kaputtstimmen.

Meine Damen und Herren, harte Worte ja, aber dieser Politikstil ist unerträglich. Meinungsverschiedenheiten sind in Ordnung, andere Ergebnisse als die von uns gewünschten, da sind wir hart im Nehmen, aber dies sind in höchstem Maße unfaire und schon an Böswilligkeit grenzende Verfahrensweisen.

Proteste der verschiedenen Initiativen und kirchlichen Gruppen konnten bei der CDU nicht mal eine ordentliche Begründung für dieses Verhalten erwirken.

So, meine Damen und Herren, werden Sie zu Totengräbern einer aktiven, demokratischen Stadtkultur.

Aber nicht nur Dritten gegenüber wird so verfahren, auch im

demokratischen Umgang miteinander,

hier im Rat wird deutlich, worin sich banale Machtpolitik und gemeinwesensorientierte Demokratie unterscheiden:

Meine Damen und Herren von der CDU,

mit zunehmender Tendenz hantieren Sie bei politischen Auseinandersetzungen mit der Geschäftsordnung, statt mit Argumenten. "Antrag auf Schluss der Debatte" oder „Schluss der Rednerliste“ (beides beliebte Dauerrenner der CDU), sind immer der letzte Rettungsanker, wenn der Vorrat an Sachargumenten nicht reicht.

Dieses undemokratische Trauerspiel ist beispiellos in der politischen Landschaft. Auch die SPD scheint sich diesen Gebaren anschließen zu wollen: So wurde von der SPD in der letzten Ratssitzung ein Antrag auf „Übergang zur Tagesordnung“ gestellt. Im Ergebnis heißt das: Ein ordnungsgemäß gestellter Antrag wird in diesem Rat nicht mal mehr abgestimmt.

Ich plädiere dringend für eine Rückkehr zu den Grundregeln des demokratischen Miteinanders, denn der Preis, der für den kulturellen Verfall zwangsläufig zu bezahlen sein wird, wird zu Ihren Lasten gehen.

Vierte Handlungslinie:

Für eine Politik, die Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellt

Kinderfreundlichkeit und Generationengerechtigkeit sind Maßstäbe politischer Verantwortung, die durch alle Politikbereiche gehen. Unsere Verantwortung ist die Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen in unserer Region.

Konkret heißt das

- Verbesserung der Chancen in Bildung und Ausbildung,
- Berücksichtigung kindlicher Lebenswelten in allen Politikfeldern,
- bedarfsgerechte Betreuung und Förderung in Kindergärten und Schulen,
- unbelastetes Aufwachsen in einem Lebensraum mit mehr Natur, weniger Verkehr, Lärm und Unfallgefahren,
- Hilfestellungen bei unterschiedlichen Fähigkeiten und Gesundheitsbildern,
- und der Attraktivierung der Schulen, Spiel-, Sport- und Freizeitangebote.

Auch hierzu nur ein Beispiel zur düsteren Wirklichkeit der Kinder unserer Region in Bildung und Ausbildung:

Unsere Schulen sind in einem bedauernswerten Zustand

Sehr geehrte Damen und Herren,
trotz der großen Übereinstimmung im Grundsatz, trennen uns in der konkreten Politik zur Sanierung der Schulgebäude Welten.

Da wurde in den vergangenen Jahren Sonderprogramm auf Sonderprogramm aufgelegt, um den Unterhaltungsstau abzubauen. Da gab es manch' hitzige Debatte um Prioritäten bei der Sanierung. Was nun, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis dieser langen Anstrengungen? Haben wir es wirklich geschafft den Unterhaltungsstau abzubauen? Ist die Schere zwischen Neuschäden und Sanierungsabschlüssen kleiner geworden?

Nein. Im Gegenteil: die städtischen Schulen schieben inzwischen einen Unterhaltungsstau von über 15 Mio. € vor sich her. Das ist der größte Unterhaltungsstau in der Geschichte der Stadt Siegen. Und was setzen wir dem mit dem Haushalt 2003 entgegen? Noch nicht einmal 2 Mio. € Einer der niedrigsten Beträge der letzten Jahre.

Es ist absehbar, dass wir bald bei der 20 Mio. € - Marke landen und die Schulen schleichend verfallen. Was wir benötigen ist eine dauerhafte Anhebung der Schulunterhaltungsmittel auf mindestens 4 Mio. € pro Jahr. Dann, aber nur dann werden wir in den nächsten Jahren wieder Land sehen. Sie, meine Damen und Herren der CDU, rufe ich auf: Seien Sie doch wirklich einmal konservativ, stellen sie tatsächlich das Bewahren und Erhalten in den Mittelpunkt Ihrer praktischen Politik.

Besonders enttäuscht sind wir, dass auch die SPD unseren Vorschlägen zum Abbau des Unterhaltungsstau an den Schulen nicht gefolgt ist. Auch ein Wort zur SPD in den Haushaltsberatungen insgesamt, aber insbesondere des Sozial- und Jugendetats: Meine Damen und Herren der SPD, bei den Haushaltsberatungen haben Sie sich dadurch ausgezeichnet, dass Sie den Haushalt, - besonders durch Kürzung der freiwilligen Leistungen im Sozialbereich – „retten“ wollen. Als einzige Fraktion haben Sie die „Streichliste“ der Verwaltung akzeptiert und wollen damit den Sozialabbau vorantreiben.

Eine wirklich neue Qualität von SOZIAL-Demokratie. Und: Originäre, eigene Einsparvorschläge in den großen Haushaltsblöcken : Fehlanzeige!

Fünfte Handlungsleitlinie:

Für eine ausgeprägte städtische Lebensqualität in Siegen

Stadtgesellschaften unterliegen in den letzten Jahren einem enormen gesellschaftlichen Wandel durch den Rückgang traditioneller Industrien und demographischer Veränderungen.

Stadtpolitik muss sich darauf einstellen, indem

- ein Klima von Offenheit für eine gleichberechtigte Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft gefördert wird,
- der Vorrang für das Bauen im Siedlungsbereich für nachhaltige Stadtentwicklung gefördert wird, statt der Zersiedlung Vorschub zu leisten,
- den Abwanderungstendenzen, insbesondere junger Familien eine erhöhte Qualität des Lebens und der Wohnumgebung entgegengesetzt wird, mit mehr Grün, weniger Verkehr und Angeboten für Kinder und Jugendliche,
- mehr Freiräume für Kunst und Kreativität für Freizeit, Sport, Erholung und damit mehr Lebensqualität gesichert und gefördert wird.

Die Bedeutung dieser Felder wird in einigen Politikfeldern weit unterschätzt. Man wundert sich nur, warum so viele Wanderungsverluste in Siegen zu verzeichnen sind (bestimmt nicht wegen fehlender Bauplätze).

Beispielhaft kann man die hier fehl laufende Entwicklung anhand des Umgangs der Mehrheitsfraktion mit Siegens

Sportstätten und Bädern

aufzeigen.

Auch im Bereich der Sanierung der Sportstätten und Bäder gibt es einen inzwischen dramatischen Unterhaltungsstau.

Vor allem die Bäder sind zum Teil in einem katastrophalen Zustand. Dies ist die unmittelbare Folge einer jahrelangen fach- und finanzpolitisch verfehlten Politik, bei der die Lücke zwischen dem, was investiert werden muss, um den Bestand zu erhalten und dem, was die Ratsmehrheit bereit ist in den Haushalt einzustellen, immer größer wird. Fazit 2003: es fehlen rund 6 Mio. € um den Badebetrieb kurz- und mittelfristig zu sichern (und das lediglich für Sanierungsmaßnahmen ohne Modernisierungen).

Meine Damen und Herren, in diesem Kontext sage ich Ihnen: Es kann nicht angehen, in Siegen für risikobehaftete Großprojekte und zahlreiche kostspielige Unsinnmaßnahmen Geld ausgeben zu wollen und damit gleichzeitig die Sanierung der Freibäder, Hallenbäder und Sportstätten zu verschleppen. Wer eine solche Politik im Haushalt vorantreibt, wird sich noch wundern, was die Bevölkerung davon hält.

Wir wissen alle: 2004 werden wir nicht mehr Geld haben. Das Geld kann und muss bei genannten Projekten eingespart werden (Busbereitstellungsplatz, Siegbertunnel, Theater, Kreisel Brüderweg, usw.).

Handelt man sofort, kann das Freibad Kaan-Marienborn, das nun als erstes von einer Schließung bedroht ist, im Herbst rechtzeitig saniert und so auch die Saison 2004 gerettet werden.

Meine Damen und Herren der CDU, offenkundig waren Sie bereit, das Freibad Kaan-Marienborn ganz zur Disposition zu stellen. Ihre aktuelle Position zum Thema scheint sich aber nun geändert zu haben - so zumindest jüngst im Radio zu hören.

Wir begrüßen, dass Sie das Käner Freibad jetzt erhalten wollen. Darum lassen Sie uns das heute auch ohne wenn und aber beschließen.

Ich will den

Schluss

meiner Rede mit einer Bemerkung von unserem CDU-Ratskollegen, Herrn Schulte, aus der letzten Ratssitzung einleiten. Er empörte sich: „Die Grünen holen die Demokratie auf die Straße“. Entlarvend für Ihre Ängste und Ihr Demokratieverständnis.

Warum wehren Sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Information und offensive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger?

Meine Damen und Herren, Sie ärgern sich über die Bürgerproteste. Sie ärgern sich über die Grünen, weil in Ihrer Wahrnehmung die Grünen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt aufwiegeln. Statt den Sündenbock für den zunehmenden Bürgerunmut bei den Grünen zu suchen, sollten Sie sich eingestehen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Politik schlicht und ergreifend mehr und mehr unzufrieden sind.

Seien Sie versichert, wir werden weiterhin dafür sorgen, dass auch in Zukunft Politik im öffentlichen Raum und selbstverständlich auch auf der Straße stattfindet.

Wir wollen,

- dass bekannt wird, dass Sie Maßnahmen beschließen, die außer Ihnen kein Mensch haben will,
- dass bekannt wird, dass Sie Fördermittel, die das Land uns bereits zugestellt hat, zum Schaden der Stadt zurückgeben,
- dass bekannt wird, dass Sie ehrenamtliche Arbeit, je nach politischem Opportunismus, bewerten,
- dass bekannt wird, dass Sie Prioritäten im Haushalt setzen, die Schulen, Bäder, Museen, Bibliotheken und viele soziale Errungenschaften der letzten 20 Jahre einer kurzsichtigen Denkmalpolitik opfern.

Es gibt in dieser Stadt also klare politische Alternativen:
Inhaltsleere, Beliebigkeit, Denkmalpolitik und finanzielles Desaster
oder

eine ökologische, nachhaltige und gerechte Zukunft mit Geradlinigkeit und klaren Prioritäten.

Dennoch oder gerade deswegen steht auch in Zukunft unser Angebot an Sie für eine politische Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Christine Strunk
Stadtverordnete